



Anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Verwaltungsverbands Langenau traten Musikschüler voriges Jahr in der Stadthalle auf. Links im Bild: Leiter Thomas Seitz. Foto: Oliver Heider

## „Das trifft uns hart“

**Musikschulen** Honorarkräfte müssen künftig festangestellt werden. Im Raum Langenau verdoppelt sich der Zuschussbedarf. Nun wird Einsparpotenzial gesucht. *Von Oliver Heider*

Am 28. Juni 2022 hat das Bundessozialgericht entschieden: Die Stadt Herrenberg muss eine mit Honorarvertrag beschäftigte Musikschullehrerin fest anstellen, weil jegliche unternehmerische Freiheit fehle und fast alles Organisatorische die Einrichtung erledige. Ein Urteil mit Folgen. Auch für den Verwaltungsverband Langenau (VVL), der für die Musikschule 37 Honorarkräfte beschäftigt. Dank Werkverträgen sind bislang keine Sozialabgaben zu entrichten, Lohnfortzahlung und Urlaub gibt es nicht, die Kräfte werden nur in 37 Schulwochen bezahlt. Das ändert sich künftig.

Das Damoklesschwert der Scheinselbstständigkeit hing „seit 20 Jahren über uns“, erklärte VVL-Geschäftsführer Hermann Schmid in der Versammlung. „Das trifft uns hart“, sagte er zum Urteil.

Wie Margarete Bohner, Leiterin des Finanzwesens, erklärte, beträgt der Gesamtaufwand für die Honorarkräfte jährlich knapp 430.000 Euro. Es sei mit Mehrkosten von 320.000 Euro pro Jahr zu rechnen. Zwar dürfte ein Landeszuschuss von 12,5 Prozent auf die Personalkosten höher ausfallen. Der Zuschussbedarf werde sich trotzdem fast verdoppeln. Bohner: „Wir werden nicht umhinkommen, die Gebühren neu zu kalkulieren.“ Für das Schuljahr 2025/2026.

Höhere Gebühren soll es dann, auch wegen Inflation und Tarifierhöhungen, an der Musikschule Iller-Weiher ebenfalls geben, die Balzheim, Dietenheim, Hütisheim, Illerkirchberg, Illerrieden, Schnürpfingen und Staig abdeckt. Die Träger seien auch nicht

begeistert vom Urteil, berichtet Leiter Michael Eberhardt. Aber: „Der Schock ist für uns nicht so groß.“ Schließlich übernahmen 14 Honorarkräfte nur 30 Prozent des Unterrichts, 12 Festangestellte den großen Rest. Was der Schule eher „Schmerzen bereitet“: Künftig könnten keine Honorarkräfte mehr beschäftigt werden. Und das, obwohl manche gerne neben einer Haupttätigkeit Musikunterricht geben wollten.

„Wir sollten nicht ausgerechnet bei den Kindern sparen.“

**Mathilde Maier**  
Mitglied Versammlung

An der Musikschule Blaubeuren-Laichingen-Schelklingen werden 39 Honorarkräfte zum neuen Schuljahr festangestellt. Mehrkosten: 124.000 Euro. Die Gebühren wurden im März um zehn Prozent erhöht, im Februar 2025 steigen sie nochmals um fünf Prozent. Wie hoch der Anstieg bei der Verbandsmusikschule

Langenau sein wird, die rund 1500 Schüler hat und neben den 14 VVL-Kommunen Dornstadt, Beimerstetten und Westerstetten abdeckt, ist offen. Ein Vorschlag soll im Herbst auf dem Tisch liegen. Vorher wird nach Einsparpotenzial gesucht.

Es seien wohl nur geringe Beträge möglich, meint Leiter Thomas Seitz. Schließlich habe sein Vorgänger „schwäbisch gearbeitet“. Dankbar sei er auch den Gemeinden und Schulen, die ihre Räume unentgeltlich überlassen. Insgesamt wird an 21 Orten in 61 Räumen gelehrt. Im Angebot unter anderem: Eltern-Kind-Gruppe, musikalische Früherziehung, Grundausbildung, Einzel- und Gruppenunterricht an Instrumenten und Gesang sowie Ballett. Hinzu kommen mehrere Orchester und Kooperationen mit Kindergärten, Schulen, Vereinen, Kirchen und Einrichtungen der Altenhilfe.

Eine Stellschraube beim Sparen könnte die Gruppengröße sein. Denn: Beim Einzelunterricht ist der Kostendeckungsgrad nicht so hoch. „Wir versuchen alles bei der Einteilung“, sicherte Seitz zu. Aber: „An erster Stelle steht der Elternwunsch.“ Der Gesamtkos-

tendeckungsgrad beträgt derzeit knapp 80 Prozent und wird sinken, betonte Bohner. Andere lägen heute teils nur bei 20 bis 50 Prozent. Die Kommunen werden also laut Schmid „einen nicht unerheblichen Teil“ über die Umlage tragen müssen. „Viel Geld, das aber gut investiert ist“, wie Seitz meint.

### „Deutliche Belastung“

Selina Holl, Bürgermeisterin in Altheim/Alb, bremste: „Ich bitte um kritische Überprüfung der Angebote.“ Gerade für kleinere Gemeinden seien die Mehrkosten „eine deutliche Belastung“. Karl-Heinz Erb, ebenfalls aus Altheim/Alb, verwies auf die Pflichtaufgaben einer Kommune, zu der die Musikschule nicht gehöre. Lehrer sollten Einzelunterricht „auf eigene Rechnung“ geben. Eine Idee, die Seitz, demzufolge alle Pläne für eine Erweiterung des Angebots gestoppt sind, zurückwies: „Als Musikschule müssen wir Einzelunterricht anbieten“. Auch Mathilde Maier aus Langenau betonte: „Wir sollten nicht ausgerechnet bei den Kindern sparen.“

Der Ramminger Bürgermeister Christian Weber will indes die Verträge mit Dornstadt, Beimerstetten und Westerstetten prüfen lassen. Bisher beteiligen sich diese entsprechend der Schülerzahl. Immerhin: Rentenbeiträge für die Zeit von Juni 2022 bis heute müssten wohl für die Honorarkräfte, von denen fast alle in die Anstellung gemäß Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes wechseln wollten, nicht nachgezahlt werden, sagte Seitz. Ein entsprechendes Signal sei vom Landesverband der Musikschulen gekommen.

### Urteil betrifft Bayern nicht

„Uns in Bayern betrifft das Urteil nicht“, sagt Christoph Erb. Er ist Leiter der Musikschule Dreiklang mit Standorten in Vöhringen, Illertissen und Bellenberg. 21 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten dort rund

600 Schüler, hauptsächlich Kinder und Jugendliche.

Alle Lehrkräfte sind festangestellt, für sie gilt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. „Sonst gibt es in Bayern

keinen Staatszuschuss“, berichtet Erb. Der Freistaat übernehme 15,4 Prozent der Personalkosten. Der Rest wird aus den Gebühren für den Unterricht und von den drei Kommunen finanziert. cze

SPY/OLYMPIA